

SCHWEIZERISCHE Gewerbezeitung

CHF 2.50
AZA 3001 Bern
Post CH AG

DIE ZEITUNG FÜR KMU

ARBEITSMARKT – Unter dem Deckmantel des Fachkräftemangels werden derzeit vermeintliche «Lösungen» präsentiert, die das Problem eher verschlimmern, als dass sie zur Besserung beitragen. Mehr Lohn für weniger Arbeit ist keine Lösung – mehr und bessere Ausbildung auf allen Stufen dagegen schon.

Dörf's es Bitzli meh si?

Seit Anfang Jahr läuft eine intensive Debatte über den Wert von Arbeit und Lohn. Weniger arbeiten und mehr Geld vom Staat ist die eine Haltung, die sich herauskristallisiert. Umfragen zum Thema Voll- und Teilzeitarbeit zeigen, dass die Viertage-woche zunehmend Anklang findet. Dies selbstverständlich möglichst bei vollem Lohn – die Life-Seite der Work-Life-Balance will schliesslich finanziert sein... Dass solche Lösungen, anders als von manchen behauptet, gerade für viele KMU nicht ohne Weiteres realisierbar sind, wird in der (medialen) Debatte gerne unter den Tisch gewischt. Klar scheint: Es dürften eher die Griffel sein, die künftig am Donnerstagnachmittag – er dürfte vielerorts zum neuen Freitagnachmittag mutieren – beiseitegelegt werden als die Scheren, Sägen oder Schaufeln.

Weniger arbeiten, voll kassieren

Eine weitere Debatte wird über die Lohnhöhe geführt. Auch hier sind kreative Ideen nicht rar. Basel-Stadt etwa will für die Kantonsangestellten die 38 Stundenwoche einführen – bei vollem Lohn, versteht sich. Ein entsprechender Vorschlag hat das Kantonsparlament überwiesen, wenn auch nur sehr knapp. Damit möchte Basel-Stadt künftig im Wettbewerb um Arbeitskräfte die Konkurrenz ausstechen. Dass Staat und Privatwirtschaft beide mit dem Fachkräftemangel kämpfen – kein Thema. Ebenso wenig, dass der Kanton mit Steuergeldern den Wettbewerb um Fachkräfte aus dem Gleichgewicht bringt. Und dass es schliesslich auch zehn Prozent zusätzliche Mitarbeitende bräuchte, wenn die Angestellten zehn Prozent weniger arbeiten würden – geschenkt! Hauptsache, die Work-Life-Balance der Staatsangestellten stimmt.

Grosszügig ist auch der Kanton Zürich. Während die Privatwirt-

schaft mit einem Teuerungsausgleich von 2,2 Prozent rechnet, bezahlt der Kanton Zürich seinen Angestellten satte 3,5 Prozent.

Bund zahlt deutlich besser

Und auch beim Bund müssen die Angestellten nicht darben: Gemäss einer Studie des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik (IPW) der Universität Luzern sollen gleich qualifizierte und erfahrene Mitarbeitende mit ähnlicher Verantwortung in der Bundesverwaltung im Schnitt sage und schreibe um fast 12 Prozent besser bezahlt werden als in der Privatwirtschaft. Zählt man den beim Bund fast schon todsicheren Teuerungsausgleich dazu – und zwar Jahr für Jahr –, so spricht kaum mehr etwas dagegen, sich in die Arme von Väterchen

Staat zu begeben und dort sein Arbeitsleben zu fristen.

Der Irrtum der Gewerkschaften

Zurück zum Anfang des Arbeitslebens: Viele Jugendliche stehen derzeit in einer intensiven Phase der Berufswahl; mit Orientierungsabenden, Schnuppertagen und weiteren Informationsanlässen. Zur Unzeit kommt deshalb der durch die Gewerkschaften in den Medien angestellte Vergleich der Löhne zwischen Universitätsabsolventen und -absolventinnen und Absolventinnen und Absolventen einer Berufslehre (EFZ). Die Lohnschere würde sich immer stärker öffnen, so die Argumentation. Eine Argumentation, die inhaltlich falsch ist, weil ein direkter Vergleich der Löhne auf Sekundarstufe II mit der Tertiärstufe auf universitärer Ebene

ne verzerrend ist. Wenn schon, müsste die Höhere Berufsbildung (Tertiär B) mit einem universitären Abschluss (Tertiär A) verglichen werden.

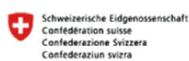
Ein Vergleich der «Bildungsrendite» für die unterschiedlichen Ausbildungstypen zeigt aber auch, dass die Höhere Berufsbildung die höchsten Renditen pro Ausbildungsjahr aufweist. Kommt dazu: Arbeitskräfte mit einem entsprechenden Abschluss verzeichnen nachweislich die tiefste Erwerbslosenquote. Fälschlicherweise verfestigt sich zudem – und zwar nicht bloss bei Zuzüglern aus dem Ausland, denen unser (Berufs-)Bildungssystem noch fremd ist – die Überzeugung, dass der einzige Weg zu einem erfolgreichen Berufsleben über das Gymnasium führt. Auch diese Annahme ist schlicht und einfach falsch.

Orientierung am Arbeitsmarkt

Tatsache ist, dass die höhere Berufsbildung eine starke Stellung genießt. Im Rahmen des Spitzentreffens der Berufsbildung haben sich im vergangenen November die Sozialpartner denn auch klar für eine Stärkung der dualen Berufsbildung und vor allem der Weiterbildung ausgesprochen. Die Höheren Fachschulen HF als Teil der höheren Berufsbildung sollen auch in Zukunft Berufsleuten ohne Maturität eine Höherqualifizierung auf Tertiärstufe ermöglichen und die Wirtschaft mit spezialisierten Fach- und Führungskräften versorgen.

Markenzeichen der Höheren Fachschulen ist die unmittelbare Orientierung der Abschlüsse an den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts. Das praxisorientierte Profil soll auch in Zukunft erhalten bleiben. Auf diese Weise kann – anders als mit am derzeitigen, hippen Lifestyle orientierten Scheinlösungen – auch tatsächlich ein wirksamer Beitrag gegen den Fachkräftemangel geleistet werden.

Dieter Kläy, Ressortleiter sgv



Übersicht Kontakt Infos weitere Stellen

Die Schweizer Armee - Logistikbasis der Armee LBA sucht:

Mitarbeiter/in Gebäudebetrieb

80%-100% / Dübendorf

Ihr Einsatz für Sicherheit und Freiheit

Sind Sie eine offene Persönlichkeit mit ausgeprägtem Organisationstalent sowie Freude an der aktiven Arbeit drinnen und draussen? Die Logistikbasis der Schweizer Armee bietet Ihnen mit dieser Aufgabe die Möglichkeit, für das einwandfreie Funktionieren unserer Gebäude, Anlagen, Objekte und Areale mit deren technischen Einrichtungen zu sorgen. Es erwartet Sie ein einmaliges Umfeld mit spannenden Herausforderungen sowie die Chance, Ihr Fachwissen einzubringen und weiterzuentwickeln.



Ihre Aufgaben

- Die Bedienung, Überwachung, Kontrolle und Regulierung der technischen Einrichtungen im Bereich Heizung, Klima, Filter, Lüftung, Wasser- und

Ihr Profil

- Abgeschlossene technische oder handwerkliche Berufslöhre mit mehrjähriger Berufserfahrung im Bereich Betrieb, Wartung und Unterhalt von Anlagen,

Beim Bund muss niemand darben – deshalb spricht kaum etwas dagegen, dort zu arbeiten. Ausser, dass KMU mit den aus Steuergeldern finanzierten hohen Löhnen oft nicht mithalten können.

Screenshot: sgv

NEUES DATENSCHUTZRECHT

Musterdokumente zum Herunterladen für KMU

Per 1. September 2023 tritt das neue Datenschutzrecht in Kraft. Damit nimmt der Aufwand zur Datenschutz-Compliance auch für Gewerbebetriebe zu. Dazu trägt namentlich die zunehmende Sensibilisierung für das Thema Datenschutz bei. Mit der digitalen Entwicklung gewinnen der Persönlichkeitsschutz und die informationelle Selbstbestimmung in weiten Bevölkerungskreisen stetig an Bedeutung.

Jetzt ist der Zeitpunkt für Unternehmen und Organisationen gekommen, sich mit dem neuen Datenschutzrecht auseinanderzusetzen. Der Schweizerische Gewerbeverband sgv hat Musterdokumente erarbeitet. Diese finden Sie, zum Herunterladen und wo nötig auf Ihr KMU «Personalisieren», auf der Website des sgv. Es handelt sich dabei um folgende Dokumente:

- Merkblatt neues Datenschutzgesetz
- Muster Datenschutzerklärung
- Muster Datenschutzrichtlinie
- Muster Datenverarbeitungsverzeichnis
- Musterklausel Datenschutz in AGB.

Mehr zum Thema Umsetzung des neuen Datenschutzrechts auf www.sgv-usam.ch/datenschutz Seite 5

www.sgv-usam.ch/datenschutz

200 FRANKEN SIND GENUG

Am Leutschenbach fliesst das Geld noch immer in Strömen

Einmal mehr negativ fiel unlängst die SRG auf. Sie schnappte der privaten CH Media die Champions League vor der Nase weg. Diese Überbietung bei den TV-Rechten ist stossend, weil sie das genaue Gegenteil von Service public ist, welcher eigentlich der Auftrag der SRG wäre. Hellhörig muss auch ein neues Projekt der SRG machen: Der Staatssender will eine Art «anständige» Twitter-Alternative aufzubauen helfen. Dort dürften dann SRG-Journalisten mit grün-rosa Brillen nach Kräften die Zensurkeule schwingen.

Diese neuesten Auswüchse zeigen: Das Geld fliesst am Leutschenbach «dank» der Serafe-Steuer immer noch in Strömen. Abhilfe schafft hier die Initiative «200 Franken sind genug». Sie senkt die Steuer auf 200 Franken und nimmt KMU davon aus. Ein überfälliger Schritt. Seite 4

INHALT



DIANA GUTJAHR – Laut der Nationalrätin führt die Kita-Finanzierung zu enormen Staatsausgaben. Seite 2



ARBEITSMARKT – Personalisten erlebten 2022 mit dem Jahreszahlen eine Achterbahnfahrt. Seite 9



NEONGLASBLÄSER – Christian Bärtschi ist einer der letzten Neonglasbläser in Steffisburg. Seite 13



GEOBRUGG AG – Die Romanshomer Firma sorgt für innovative Schutzlösungen vor Naturgefahren. Seite 15

FOKUSKMU
Alle sind Wirtschaft.

Tourismus und Reisebüros im Strukturwandel?

Ab Montag, 6. März,
täglich ab 17.30 Uhr auf



und ab Montag, 13. März,
täglich ab 17.20 Uhr auf

TELE Z

www.fokus-kmu.tv

Sponsoringpartner

